Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

81 (18.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 81 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Montag, 18. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Ende des Waffenstillstandes mit Russland.

Die Vermehrung der Reichstagswahlkreise. — Luftangriffe auf London und das Kanalgebiet. — Vorstöße deutscher Seestreitkräfte im Kanal. — Rücktritt des englischen Generalstabschefs.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Febr. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

In Flandern und im Artois vielfach aufleben der Feuerkampf. In kleinen Infanteriegefechten bei Cherisy und südlich von Marcoing wurden Gefangene eingebracht.

Front des deutschen Kronprinzen und des Herzogs Albrecht von Württemberg

Bei Tahure und Ripont, auf dem östlichen Maasufer und im Sundgau zeitweise erhöhte Gefechtstätigkeit.

*

Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dünkirchen, sowie feindliche Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Großrussische Front.

Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar 12 Uhr mitags ab.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 17. Febr., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Luftangriff auf London.

Englische Meldung.

WTB. London, 17. Febr. (Amtlich.) Feindliche Flieger überflogen die Küste von Kent in der Höhe der Themsemündung gestern abend kurz vor 10 Uhr und gingen gegen London vor. Bisher ist, wie berichtet wird, erst eine Bombe in London abgeworfen worden.

Neuer Vorstoß deutscher Seestreitkräfte in den Kanal.

Flugzeugangriff auf einen Geleitzug. — Neue U-Boots-Erfolge.

WTB. Berlin, 16. Febr. (Amtlich.) 1. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug in den östlichen Teil des Aermelkanals durchgeführt. Die bisher umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover-Calais und in der Linie Kap Grisnez-Folkestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Vorpostendampfer angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Streitkräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt.

2. Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Hoofeten englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam fahrenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant zur See der Reserve Christiansen brennend zum Absturz gebracht.

3. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren U-Booten 6 Dampfer versenkt, darunter zwei mittelgroße Tankdampfer dicht unter englischen Ostküste.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Englische Meldungen.

* **London**, 16. Febr. Ein feindliches Tauchboot eröffnete heute morgen 12 Uhr 10 Minuten das Feuer auf Dover und verschoß ungefähr 30 Granaten in 3—4 Minuten. Ein Kind wurde getötet, drei Männer, eine Frau und drei Kinder wurden verletzt. Einige Häuser sind nicht ernstlich beschädigt.

Anmerkung des WTB.: An zuständiger Stelle ist hierüber nichts bekannt.

* **London**, 15. Febr. Reuter. Der deutsche Torpedoangriff war durch dunkles, nebliges Wetter im Kanal begünstigt. Es war offenbar ein zweiter Versuch, die Verbindungslinie mit Frankreich abzuschneiden und Transport- und Hospitalschiffe zu versenken. Er hatte aber keinen Erfolg dieser Art. — Dayli Chronicle schreibt: Es ist, glauben wir, das erstemal, daß die Deutschen einen Unterseebootangriff durch überseeische Operationen unterstützt haben. Der Kommandant von Dover kann jeder Krisis unter Hinweis auf die Sicherheit unseres Verkehrs seit Beginn des Krieges entgegentreten.

WTB. **London**, 16. Febr. Die Admiralität teilt mit: Ein schneller Vorstoß wurde von einer Flottille von großen feindlichen Zerstörern heute früh gegen ein Uhr auf unsere Patrouillenstreitkräfte in der Straße von Dover unternommen. Ein Fischdampfer (Trawler) und sieben andere Fischerfahrzeuge (Drifter), die auf ein U-Boot Jagd machten, wurden versenkt. Die feindlichen Zerstörer kehrten schnell nach Norden zurück, bevor unsere Kräfte den Kampf mit ihnen aufnehmen konnten.

(Das war noch immer so: Jedesmal wenn John Bull etwas unsanft wach gerüttelt worden war, schimpfte er gewaltig über den Ruhestörer, der nicht abwarten wollte, bis er sich den Schlaf aus den Augen gerieben hatte. An dieser sympathischen Gewohnheit haben weder die Reden im englischen Unterhaus noch die jungen Männer in der britischen Admiralität und im Flottenkommando etwas zu ändern vermocht.)

() **London**, 16. Febr. (Reuter.) Aus Dover wird über den Vorstoß der deutschen Torpedojäger im Kanal gemeldet: Am frühen Morgen fand im Kanal ein Treffen statt. Es war stockdunkel, als ungefähr um 1 Uhr morgens westlich von Dover schweres Feuer gemeldet wurde, das ungefähr 3/4 Stunden anhielt. Das Feuer nahm an Heftigkeit zu. Als die Schiffe weiter kanalaufwärts fuhren, wurde es nach Osten zu schwächer. Am Morgen sind 10 Tote an Land gebracht worden.

Kriegsende ohne Friedensschluß im Osten?

Die vom Kriegspresseamt herausgegebenen „Deutschen Kriegsnachrichten" schreiben: „Am 10. Februar hab Trotzki den Kriegszustand mit den Mittelmächten einseitig für beendet erklärt, und in Brest-Litowsk mitgeteilt, Rußland habe den Befehl zur allgemeinen Demobilisierung gegeben. Der russische Höchstkommandierende Krylenko ließ auch tatsächlich einen von drei Mitgliedern des „Höchsten Kollegiums" gegengezeichneten Funkspruch „an Alle" ergehen, in dem es heißt:

„Die Armee, welche in dreieinhalb Jahren die Leiden ertrug, hat in Ehren auf die wohlverdiente Ruhe gewartet. Die Demobilisierung der Armee wird hierdurch bekanntgegeben. Ich bitte die Kameraden Soldaten, in Ruhe den Termin ihres Abtransportes abzuwarten, um das Volkseigentum ordnungsgemäß und in gutem Zustande zu erhalten und nach Hause zurückzukehren. Es dürfen keine Verletzung der Disziplin und keine eigenmächtigen Handlungen vorkommen. Die Friedensfeier darf durch nichts getrübt werden."

Wenige Stunden später aber erging wiederum durch Funkspruch der Gegenbefehl: „Die Verbreitung des Telegramms über den Frieden soll sofort eingestellt werden."

Diese beiden widerspruchsvollen Befehle kennzeichnen die Verlegenheit der Bolschewikiregierung, aus der Not herauszukommen, in die sie durch den Friedensschluß der Mittelmächte mit der Ukraine geraten waren. Durch die Er-

---

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(35) [Nachdruck verboten.]

„Ja, Rudi, mit der älteren Vermehren," sagte Herma. „Sie ist ein Bild; daß Graf Peter rasend in seine Braut verliebt ist, ist begreiflich — dennoch kann ich mich eines Gefühls nicht erwehren: die beiden passen nicht zu einander."

„Wie meinst du das, Herma?" Doktor Rehfeld wählte eine Zigarre und setzte sie dann umständlich in Brand.

„Ich weiß selbst nicht, Fred. Nach meiner Ansicht hätte die kleine Ursula viel besser zu dem Leutnant gepaßt. Astrid ist ihm geistig bedeutend überlegen; sie ist sehr klug. Ihre guten Eigenschaften werden aber durch ein zu großes Selbstbewußtsein und ihren starken Hochmut verdunkelt! Schade! Ich könnte Astrid Vermehren wohl leiden! Ein guter Kern steckt in ihr. Ein üppiges äußerliches Leben gestattet jedoch ihren reichen Veranlagungen nicht sich so zu entfalten, wie es in einfachen schlichten Lebensbedingungen ganz gewiß der Fall gewesen wär! Sie hat es zu gut, und daran krankt sie! Ob sie in ihrer Ehe glücklich wird?

„Kleine, oder vielmehr große Menschenkennerin, was kümmert es dich." Alfred Rehfelds Stimme klang aber nicht ganz frei. „Du mußt nicht alle Menschen nach dir beurteilen! Lasse Astrid Vermehren, wie sie ist."

„Die Jüngere ist auch ein sehr hübsches Mädchen," meinte Rudolf.

„Ah, du willst dich 'ranpürschen?" scherzte Alfred.

„Meinen Finanzen aufzuhelfen wäre es garnicht so übel — ich werd mir's überlegen," lachte Rudolf zurück. Der Geheimrat ist doch kein Mann mit zugeknöpften Taschen."

„Nein, gar nicht, mein Lieber, obwohl ich schon manchen Strauß mit ihm ausgefochten habe! Aber er ist ein zielbewußter Mann — ein königlicher Kaufmann; seine Teppichweberei ist eine der ersten im ganzen Reiche!"

„Was hat der Mann für Segen in dieser Gegend gestiftet! Mir ist die Gegenüberstellung der beiden Familien Westenfeld und Vermehren sehr interessant, hier auf diesem kleinen Stückchen Erde — auf der einen Seite der Großindustrielle, der einen frischen Zug hat, alles mit seinem unruhigen, weit umfassenden Geist erfüllend, immer vorwärts drängend — und drüben auf der anderen Seite der Großgrundbesitz in seiner behaglichen Besitzruhe und seinem Insichbehorren — und seinen Traditionen."

„Aber Graf Westenfeld ist doch nicht das, was man gemeinhin unter einem „notleidenden Agrarier" versteht?"

„Nein, Rudolf, er hat ein Herz für seine Leute, und er ist stets Verbesserungen und Vorschlägen zugänglich — in vielem gerade das Gegenteil vom Geheimrat Vermehren. Dennoch verstehen sich die beiden Herren sehr gut."

„Und die Kinder?"

„Mir sind die jungen Westenfelds lieber, als die Vermehrens — die Söhne sowohl als die Töchter — Graf Peter zum Beispiel, vornehm, frisch, natürlich — ein echter, rechter Offizier — der Vermehren junior dagegen ist seinem großen Vater so unähnlich, ein Nichtstuer — eine „Lilie auf dem Felde" — er ist nichts weiter als ein kleiner Sohn eines großen Vaters! Ich glaube, das ist auch die geheime Sorge des Geheimrats — der Sohn."

„Nun, eine Sorge muß er ja haben, sonst geht es ihm zu gut!" lachte der junge Offizier. „Dafür sind die Töchter ja annehmbarer! Die jüngere scheint gut befreundet mit der kleinen Komtesse." Rudolf beobachtete sorgfältig den langen weißen Aschenstreifen an seiner Zigarre. „Vielleicht wäre sie eine geeignete Frau für den Junior! So wird die Verbindung zwischen den beiden Familien noch inniger."

„Davon weiß ich nichts. Ich bin überzeugt, daß man nichts derartiges plant, wenigstens vorläufig nicht, sonst hätte die Frau Pfarrer mir längst Andeutungen gemacht — sie ist ja stets auf dem Laufenden in Bezug auf Neuigkeiten — Elisabeth Kühnes Verlobung hatte sie längst voraus gesehen!" lächelte Herma. Uebrigens macht sich Gräfin Sanna gar nichts aus dem jungen Vermehren — er ist ihr zu „fad" — ihre eigenen, gegen mich geäußerten Worte! Und dem Grafen liegt auch gar nichts daran, sie schon herzugeben. Er ist froh, wenn er seinen Verzug, die Sanna noch ein wenig behalten kann! Das Mädel ist erst ganze neunzehn Jahre."

„Und ich sechsundzwanzig! Sieben Jahre Altersunterschied ist gerade richtig," dachte Rudolf befriedigt bei sich. Nun hatte er erfahren, was er wissen wollte.

Es war sehr kühn von ihm, dem mittellosen Leutnant, an die Tochter des Grafen Westenfeld zu denken! Aber für einen Soldaten Seiner Majestät ist kein Ziel unerreichbar, und daß er der kleinen Komtesse nicht gleichgültig war, hatten ihm ihre blauen Augen längst verraten! — — —

Auf seinem Fluge hatte das Christkind gesehen, daß in jedem Hause im Dorf ein Bäumchen brannte, um daß frohe, zufriedene Menschen saßen — das schönste aber hatte Mieke Wiedel für den Großvater angeputzt — es war wohl so schön geworden, weil am Abend vorher Zinger Karl mitgeholfen hatte, die Gold- und Silberfäden anzulegen, Aepfel und Nüsse zu vergolden und versilbern, und nun war es wohl nicht mehr als recht und billig gewesen, ihn für den Heiligabend mit einzuladen.

Voller Erwartung war er denn gekommen, als müßte ihm heute etwas Wunderschönes beschert werden. Mieke hatte frische Gardinen aufgesteckt und die kleine Wohnung rein gemacht, daß alles nur so blitzte und nach Sauberkeit und Frische roch. Und zum Abend hatte sie eine blauseidene Bluse angezogen, ein weißes Zierschürzchen vorgebunden, so daß sie aussah, wie eine richtige Dame — entzückt dachte das Karl, als er das geliebte Mädchen in seiner lebensfrischen Schönheit vor sich sah. Die Stimme verschlug ihm, als er ihr den Gutenabendgruß bot. Er hatte sich sonntäglich angezogen, und in seiner blonden, kräftigen, jungen Männlichkeit konnte er schon einem Mädchen gefallen. Mieke sah ihn auch wohlgefälligen Blickes an.

„Na, da bist du ja! Wir haben schon gewartet — Großvater hat vorhin die Lichter angebrannt.

Beinahe andächtig blickte der stattliche Bursche auf die Tanne, die er selbst, nach Erlaubnis aus dem Westenfeldschen Wald geholt.

In der linken Hand hielt er krampfhaft ein großes Paket.

„Jetzt möchte ich dir bescheren, Mieke! Geh mal so lange weg."

Gutmütig und überlegen lachte Mieke und machte sich an dem gedeckten Tisch zu schaffen, auf dem eine Schüssel mit Heringssalat und eine Wurstplatte standen. Und Karl packte nun aus, eine Menge Honigkuchen und Schaumkringel, für den Großvater Tabak und eine Pfeife mit buntem Kopf, für Mieke legte er eine Korallenkette hin, ein Handtäschchen, einen Nähkasten und einen großen Spiegel.

(Fortsetzung folgt.)

klärung der einseitigen Aufhebung des Kriegszustandes versuchte Trotzki auf der einen Seite den Rückhalt bei der russischen Bevölkerung zu gewinnen, den seine Regierung verlieren mußte, wenn Großrußland im Gegensatz zur Ukraine den Kriegszustand aufrechterhielt; auf der anderen Seite versuchte er durch den Abbruch der Friedensverhandlungen ohne Friedensschluß Zeit zu gewinnen in der Hoffnung auf den „großen Friedensschluß", den er von dem Einfluß der bolschewistischen Lehren in allen Ländern erwartet. Seine Ziele wird Trotzki zweifellos nicht erreichen. In ihren revolutionären Hoffnungen werden sich die Bolschewiki arg getäuscht sehen; und die russische Bevölkerung wird sehr bald erkennen, daß ein Kriegsende ohne Friedensschluß Rußland den inneren Frieden und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Neuordnung nicht geben kann.

Für die Mittelmächte bedeutet nämlich die Erklärung Trotzkis in Brest-Litowsk eine ganz einseitige Festlegung, wie sie in der Geschichte der Völker bisher kein Gegenstück findet. Rußland hat seine Unfähigkeit zur weiteren Kriegführung feierlich anerkannt, während die Mittelmächte keinerlei Gegenversprechen gegeben haben. Mit einem solchen Zustande der eigenen Wehrlosigkeit, während die Gegenseite völlig freie Hand hat, mit einem Kriegsende ohne Friedensschluß, ohne Wiederaufnahme der diplomatischen, wirtschaftlichen und Verkehrsbeziehungen ist aber dem russischen Volke nicht gedient. Mit Herrn Trotzki und seiner Regierung erscheint ein endgültiger Frieden nicht möglich. Eine aktive Ausnutzung der militärisch-politischen Lage durch die Mittelmächte kann daher sowohl im Interesse der inneren Entwicklung Rußlands als der Schaffung einer gesicherten Grundlage für den Wiederaufbau friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen mit dem nördlichen Rußland zur Notwendigkeit werden.

*

WTB. Berlin, 16. Febr. In einer amtlichen Mitteilung stellt die Kaiserliche Regierung fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Frist freie Hand nach jeder Richtung hin vorbehalten.

Die Erklärung lautet:

)(Berlin, 16. Febr. (Amtlich). **In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trotzki zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilmachung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrags abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollsitzung, in der ihm die Entschließungen des Vierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen.**

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden, vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleich zu achten.

Die kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

*

Die Schreckensherrschaft der Bolschewiki.

Grauenhafte Zustände in Rußland.

)(Berlin, 16. Febr. (Amtlich). Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Stockholm vom 15.: Aus Petersburg hier eingetroffene neutrale Reisende schildern die Zustände in Rußland als grauenhaft. Es herrscht eine allgemeine Unsicherheit. Gut gekleidete Personen würden auf offener Straße gezwungen, die Kleider abzugeben. Steuern würden nicht mehr bezahlt. Bei der Landverteilung werde kein Bauer mehr Land bestellen, als er für seinen eigenen Unterhalt braucht, sodaß die Hungersnot in den Städten unausbleiblich folgen werde. Die Geistlichen und Lehrer lebten vom Bettel. In den Schulen werde kein Unterricht mehr erteilt. Die Bolschewiki hielten dort Reden und forderten die Kinder zum Ungehorsam gegen die Eltern auf. Das Bestechungswesen blüht mehr denn je.

Die Rote Garde in Finnland.

(!) Stockholm, 16. Febr. „Stockholms Dagbladet" bringt neue Einzelheiten über die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Finnland. Danach scheint der Plan anarchistischer Elemente direkt darauf auszugehen, alle Bürger bis hinunter zum 12. Lebensjahre zu ermorden. Nach Schilderungen eines dänischen Redakteurs am „Aftonbladet", der soeben aus Helsingfors zurückgekehrt ist, erhalten die Aufständischen im Süden Finnlands ihre Befehle unmittelbar vom Smolny-Institut in Petersburg. Ihr Hauptplan scheint darauf auszugehen, die Bürgerlichen regelrecht auszuhungern, indem sie von Haus zu Haus ziehen und alle Vorräte wegschleppen. Der finnische Berichterstatter von „Svenska Dagbladet" meldet, daß in Helsingfors täglich unzählige Morde begangen werden. Wer nur etwas besser gekleidet ist, schwebt in Lebensgefahr. Die Toten werden oft schrecklich verstümmelt vorgefunden. Die Verwandten können oft die Leichen ihrer Angehörigen nicht zurückerhalten oder müssen dafür bezahlen. Ein besonderes Licht auf die entsetzlichen Verhältnisse wirft die kürzlich in einer Zeitung veröffentlichte amtliche Anzeige, daß keine Leichenbesichtigungen mehr stattfinden können. Die ganze Direktion der finnischen Wattefabrik in Jokela wurde vor der Fabrik erschossen. Die Witwe eines der Ermordeten bat auf den Knien um die Leiche ihres Mannes, erhielt sie aber erst nach acht Tagen. Aehnliche Gewalttaten werden aus allen Teilen des Landes berichtet, wo die Rote Garde die Oberhand hat.

Eine Offiziersverschwörung.

WTB. Petersburg, 18. Febr. (Pet. Tel. Ag.) Es wurde eine Offiziersverschwörung aufgedeckt, die den Zweck hat, Lenin aufzuheben, um ihn als Geisel zu gebrauchen. In der Behausung der Organisation wurden Armeebomben und geladene Handgranaten gefunden.

Der Kampf um die Krim.

* Petersburg, 18. Febr. (Privattel.) (Pet. Tel. Ag.) Nach einer Schlacht zwischen Matrosen und der Roten Garde einerseits und tartarischen Truppen andererseits wurde die Hauptstadt Krim Sinferopol genommen. Die Kathedrale ist beschädigt. Die Tartaren befinden sich auf der Flucht. Die Truppen und Matrosen erkennen lediglich die Souveränität der Sowjets an. Die Nachricht in der ausländischen Presse, im Kaukasus und in der Krim herrsche die Pest ist vollkommen erfunden.

Die Beschlagnahme der Bankguthaben.

WTB. Stockholm, 18. Febr. Die Petersburger Tel.-Ag. meldet: Nach einem Erlaß werden alle Guthaben von den alten Privatbanken auf die nationale Staatsbank der russischen Republik übertragen auf der Grundlage voller Beschlagnahme. Alle Bankaktien werden als ungültig erklärt und die Zahlung der Dividenden aufgehoben.

Einführung des gregorianischen Kalenders.

O Petersburg, 16. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Ein Erlaß der Volkskommissare ordnet für das Gebiet der russischen Republik den gregorianischen Kalender an. Die neue Zeitrechnung beginnt mit dem 1. Februar alten Stils, der als 16. Februar gezählt wird.

*

Alexejews Vormarsch.

WTB. Stockholm, 18. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) **Die Unternehmungen des Generals Alexejew gehen im Gebiete von Taganrog vorwärts. Heftige Zusammenstöße haben zwischen der Roten Garde und deren Gegner stattgefunden. An drei Punkten kam es zu militärischen Operationen. General Erdely kämpft bei Rostow, General Alexejew bei Woronesch. In dem erbitterten Kampfe bei Woronesch wurden die Sowjettruppen von allen Seiten umzingelt. Alexejew hat die Front ausgedehnt, um die revolutionären Truppen einzuschließen. Im Falle eines Erfolges will Alexejew über Woronesch und Charkow hinaus nach Moskau und Petersburg vorrücken.**

*

Ein Notschrei der Ukrainer.

* Berlin, 16. Febr. Die ukrainische Delegation in Brest-Litowsk hat der deutschen Reichsregierung folgende „Erklärung an das deutsche Volk" übermittelt:

Am 9. Februar dieses Jahres haben wir in dem tiefen und heißen Wunsch, mit unseren Nachbarvölkern in Frieden und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Vierbundes unterschrieben, um dem nutzlosen Bruderkrieg ein Ende zu machen und alle unsere Kräfte auf ein Ziel zu vereinigen, uns die Form für ein eigenes, selbständiges staatliches Leben zu schaffen. Aber die freudige Absicht vom 9. Februar, nach der sich die arbeitenden Massen unseres Volkes so sehr gesehnt hatten, hat uns keinen Frieden in unserem Lande gebracht. Der Feind unserer Freiheit ist in unser Land eingebrochen, um noch einmal, wie schon vor 254 Jahren, mit Feder und Schwert das ukrainische Volk zu unterjochen. Die russischen Maximalisten, die vor einem Monat die fast nur aus Sozialisten bestehende allrussische verfassungsgebende Versammlung in Petrograd auseinandergejagt haben, haben jetzt, wie sie sagen, den heiligen Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine unternommen. Von Norden fallen die gedungenen Banden der Roten Garden über unser Land herein. Sie vereinigen sich mit den von der Front entlaufenen russischen Soldaten und mit befreiten Sträflingen. Unter dem erfahrenen Befehl von gewesenen Polizisten und Gendarmen dringen sie in unsere Städte ein, lassen die Vertrauensleute und Führer der öffentlichen Meinung erschießen und treiben von den Bewohnern Kontributionen ein. Aus der vernichteten und brennenden Stadt ziehen sie weiter auf der Suche nach Beute.

Diese barbarische Invasion unserer nördlichen Nachbarn hat sich noch einmal zum Ziel gesetzt, wie schon früher in unserer Geschichte, unter scheinheiligem Vorwand die Selbständigkeit unseres Staates zu vernichten. Die wahren und letzten Gründe liegen in den unedlen Absichten und Machenschaften derer, die ein Interesse daran haben, die Anarchie in der Ukraine zu säen, wie ebenso derer, die die Rückkehr der alten Gewaltherrschaft anstreben. Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Kommissare lügen, wenn sie von einem Aufstand des Volkes in der Ukraine sprechen, daß die lügen, wenn sie die Zentralrada der Ukrainischen Volksrepublik, die aus lauter Sozialisten besteht, die weitgehende sozialistische und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, eine Rada von Bourgeois nennen. Die Petersburger Kommissare, die mit ihren Worten nur hartnäckig das Wohl der Ukraine, Polens und anderer Völker verteidigt haben, haben in Brest-Litowsk sich der schönen Pose bedient, die Reste des russischen Heeres von der Front zurückzurufen, um sie heimlich gegen die Ukraine zu werfen, in der Absicht, uns zu berauben, die Getreidevorräte nach Norden zu schaffen und unser Land zu unterjochen.

Jetzt, wo nach vier Jahren die starre Wand gefallen ist, die uns von unseren westlichen Nachbarn getrennt hatte, erheben wir unsere Stimme, um das Unglück unseres Volkes zu verkünden. Wir sehen die Früchte unserer jungen Revolution in Gefahr und müssen für unsere kaum errungene Freiheit fürchten. Blutige Zusammenstöße mit den russischen Banden finden täglich statt. In Wolhynien und an anderen Punkten sammeln wir neue Kräfte, um uns den immer neuen, von Norden hereindringenden Horden entgegenzustellen. In diesem harten Kampf um unsere Existenz sehen wir uns nach Beistand um. Wir sind tief überzeugt davon, daß das freie und ordnungsliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unseren Nöten erfährt. Das deutsche Heer, das in der Flanke unserer Feinde steht, besitzt die Macht, zu helfen und durch sein Eingreifen unsere nördlichen Grenzen vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen. Das ist es, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, daß unsere Stimme gehört werden wird.

*

Ein Hilferuf Finnlands an Deutschland.

) Berlin, 16. Febr. Die hiesigen Bevollmächtigten der finnischen Regierung haben Schritte getan, um die deutsche Regierung für die schwere Notlage, in der sich ihr Land gegenwärtig befindet, zu interessieren. Wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, haben die finnischen Bevollmächtigten die Zustände, die durch die bolschewistischen Gewalttaten in Finnland eingetreten sind, eingehend geschildert und diese Schriftstücke der deutschen Regierung übergeben. Eine Antwort ist der finnischen Vertretung in Berlin zwar noch nicht zugegangen, man wird aber annehmen dürfen, daß die Darstellung der traurigen Lage Finnlands ihren Eindruck auf die amtlichen Stellen nicht verfehlt hat. Diese Annahme liegt um so näher, als Deutschland nächst Schweden die erste Macht gewesen ist, die Finnlands Unabhängigkeit anerkannte und begrüßte. Deutschland besitzt auch sehr große wirtschaftliche Interessen an der Festigung der finnischen Selbständigkeit und der finnischen Regierung sowie der Wiederkehr geordneter Zustände in diesem, an wichtigen Naturprodukten reichen Lande, das namentlich Holz und Erze liefern kann.

*

Ave Caesar, morituri te salutant!

o. st. Einem längeren Stimmungsbild der „Rigaischen Zeitung" aus der unter dem furchtbaren Schrecken der maximalistischen Räuberbanden stehenden Universitätsstadt Dorpat entnehmen wir folgendes erschütternde, baltische Treue atmende Bekenntnis: „Ja, es gibt etwas, was sie (die Deutschen Dorpats) aufrecht erhält und das ihnen die Kraft gibt, weiter auszuharren und auf Gottes Gnade zu vertrauen. Denn in einer Beziehung sind sie bereits jetzt erlöst von dem, was in allen diesen entsetzlichen Kriegsjahren den baltischen Deutschen das Dasein so unerträglich schwer machte. Es ist dieses ihr Deutschtum, das sie bisher verleugnen mußten und zu dem sie sich nicht offen bekennen durften, obwohl es reiner und heller in ihnen flammte, als in den langen und äußerlich viel glücklicheren Friedensjahren vorher. Das deutsche Wort, das so lange verfehmt und verbannt war, ist wieder zur Geltung gekommen; überall ertönt es laut und vernehmlich. In den Schulen und Kreisen wird deutsch unterrichtet wie ehemals, Vorträge und Vorlesungen in deutscher Sprache über deutsche Kulturerrungenschaften, über deutschen Kampf und Sieg finden fast täglich vor dicht gedrängten Zuhörerscharen statt. Deutsche Literatur, alte und neue, besonders die, die im Zusammenhang steht mit dem großen Kampf für das Dasein, den das deutsche Volk gegenwärtig mit so viel Opfermut führt, wird überall gelesen und geradezu verschlungen, deutsche Zeitungen, zwei in dem kleinen Dorpat, erscheinen wieder und werden überall öffentlich verkauft; sie sprechen eine Sprache, die deutscher nicht gedacht werden kann.

Es liegt etwas unsäglich Großes und Tragisches im jetzigen Leben Dorpats, dieses vom übrigen Deutschtum isolierten deutschen Vorpostens, gegenwärtig des größten von denen, die noch nachgeblieben sind in den nicht befreiten Teilen Liv- und Estlands. Es sind die Ueberreste des Deutschtums, das 700 Jahre lang zäh in seinem Kampfe für deutsches Wesen und deutsche Gesinnung in einem Meer von fremdstämmigem Haß und Neid ausgeharrt hat, und das jetzt auf seine Erlösung oder auf seinen Untergang harrt und dabei das Hohe Lied seines Deutschtums laut vor aller Welt verkündet.

Die Deutschen in Dorpat wissen es, daß es für Deutschland um etwas Größeres geht, als um ihre Befreiung, daß es sich um die Existenz und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes handelt, und sie sind daher bereit, wenn es sein muß, auch dem Untergang entgegen zu gehen: aber vorher wollen sie noch einmal dem deutschen Kaiser und dem Deutschen Reich mit laut tönender Stimme ihren Gruß entbieten:

Ave Caesar, morituri te salutant!

Rumänien.

O Bukarest, 16. Febr. (Wien. Korr.-Bur.) Zuverlässigen Nachrichten aus Jassy zufolge hat General Averescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Grundlage, auf der es nach Averescus Absicht zu Stande kommen soll, ist der Frieden mit den Mittelmächten.

* Berlin, 17. Febr. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." von der schweizerischen Grenze berichtet „Secolo": Man erwarte in London und Pariser politischen Kreisen bestimmt für die nächsten Tage entscheidende Ereignisse in Jassy und Bukarest. Man betrachtet den Rücktritt des Königs Ferdinand als eine nicht mehr abzuwendende Tatsache, doch widersprechen sich die Nachrichten noch, ob der König zugunsten seines Sohnes oder zugunsten seines Bruders abdanken werde.

Erzindjan von den Türken besetzt.

WTB. Konstantinopel, 16. Febr. Das türkische Kriegspressequartier teilt mit: Der Widerstand, den armenische Banden in den Dörfern Kurd, Perasteki, Egnat, Yalnizbog und westlich Erzindjan und in dieser Stadt sowie nördlich davon zu leisten versuchten, wurde leicht gebrochen. Am 14. Februar wurden die Stadt Erzindjan, die Straße Erzindjan-Ardassa, die nach Norden führt, sowie die Gegend westlich dieser Straße und die Küstenortschaft Görele von diesen Banden gesäubert.

Sir Robertson zurückgetreten.

WTB. London, 16. Febr. (Amtliche englische Meldung.) Sir William Robertson ist zurückgetreten, zu seinem Nachfolger als Chef des Generalstabs wurde Sir Henry Wilson ernannt.

* * *

Diese Nachricht von dem Rücktritt des britischen Generalstabschefs, der gerade jetzt vor der erwarteten großen Offensive erfolgt, wird im englischen Unterhaus peinlichstes Aufsehen machen und die Erregung über die Versailler Beschlüsse nur noch steigern. Robertson erfreute sich im britischen Parlament ganz besonderen Ansehens, u. man sieht in ihm den kommenden englischen Generalissimus. Sir Wilson war bisher der Vertreter Englands im Kriegsrat der Alliierten. Er gilt für das Werkzeug von Lloyd George, dem man vorwirft, die Leitung des Kriegs an sich reißen zu wollen. Ueber den Rücktritt Robertsons meldet noch der Draht:

(!) London, 17. Febr. (Reuter). Das Pressebüro meldet: Die Erweiterung der Aufgaben der dauernden militärischen Vertretung, die durch den obersten Kriegsrat bei seiner letzten Konferenz in Versailles beschlossen worden ist, hat die Einschränkung bestimmter Befugnisse, die bisher durch den Chef des britischen Generalstabs auf Grund eines königlichen Erlasses vom 27. Januar 1916 ausgeübt wurden, notwendig gemacht. Unter diesen Umständen hielt es die Regierung für richtig, dem General Sir William Robertson die Wahl zu überlassen, zwischen der Uebernahme der Vertretung der englischen Armee beim obersten Kriegsrat in Versailles und der Fortsetzung seiner Tätigkeit als Generalstabschef unter neuen Bedingungen. Aus Gründen, die der Premierminister dem Unterhause so bald als möglich im Verlaufe der kommenden Woche darlegen wird, vermochte Sir William sich nicht zu entschließen, den einen oder anderen Posten anzunehmen. Die Regierung hat sein Rücktrittsgesuch mit großem Bedauern angenommen. General Sir Henry Wilson hat den Posten als britischer Generalstabschef angenommen. Die Besetzung des Postens des dauernden englischen Vertreters in Versailles wird in einigen Tagen bekannt gegeben werden.

Die Polen in Oesterreich.

WTB. Wien, 17. Febr. Den Blättern zufolge fand gestern eine Vollversammlung des Polenklubs statt, an der auch mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen. In der Versammlung wurde eine von dem Abgeordneten Daszynski vorgelegte, von der parlamentarischen Kommission im Abgeordnetenhause abzugebende Erklärung und ein Aufruf an das polnische Volk, worin gegen die Zuerkennung des Cholmerlandes an die Ukraine protestiert wird, sowie eine gleichlautende Resolution im Herrenhaus ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Kundgebungen sind in schärfstem Tone abgefaßt. Ueber das taktische Vorgehen im Abgeordnetenhaus wird der Polenklub am Dienstag beraten. Die Blätter melden weiter, daß zwei polnische Delegierte, die der Minister des Aeußern, Graf Czernin, zu einer Besprechung einlud, die Einladung ablehnten.

Amerikanische Stützpunkte auf den Azoren.

WTB. Berlin, 16. Febr. Der „Commercio d'Oporto" meldet unterm 2. Februar, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die portugiesische Regierung um die Erlaubnis ersucht haben, zur Errichtung eines Stützpunktes einige tausend Mariners auf den Azoren zu landen. Die Vereinigten Staaten, die bereits Artillerie zur Befestigung der Azoren gelandet haben, stellen auch die notwendigen Flugzeuge und U-Boote für die Azoren und für Madeira zur Verfügung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die neue Reichstagswahlkreiseinteilung.

Der Vorschlag des Bundesrats.

WTB. Berlin, 17. Febr. (Amtlich.) Aus dem Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahlen in den großen Reichstagswahlkreisen, der am 16. Februar die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat und nunmehr dem Reichstage zugeht, werden folgende Bestimmungen auf allgemeines Interesse stoßen:

Die Zahl der Mitglieder des Reichstages wird auf 441 erhöht.

Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München und Dresden, sowie das hamburgische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis. Außerdem werden Proporz-Wahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Bochum, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart. Ferner gilt das Verhältniswahlverfahren für die Wahlkreise Niederbarnim, Teltow, Königshütte Hindenburg, Kiel, Recklinghausen, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen.

Berlin wählt 10, Teltow 7, Hamburg 5, Bochum und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 Abgeordnete, die übrigen genannten je 2 Abgeordnete.

Die Wahlvorschläge müssen mindestens von 25 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen höchstens 2 Namen mehr enthalten als Abgeordnete in dem Wahlkreis zu wählen sind. Eine sehr wichtige Bestimmung geht dahin, daß mehrere Wahlvorschläge miteinander verbunden werden können. Verbundene Wahlvorschläge dürfen nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Sie gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der erzielten Stimmen verteilt. Hierzu werden die Stimmzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den sich dabei ergebenden Teilzahlen soviel Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält soviel Abgeordnetensitze wie auf ihre Höchstzahl entfallen. Verbundene Wahlvorschläge werden mit der Gesamtzahl der erzielten Stimmen als ein Wahlvorschlag in Rechnung gestellt. Die ihnen zukommenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschläge verteilt wie eben beschrieben.

Wie wir noch der umfangrichn Begründung des Gesetzentwurfs entnehmen, geht diese Teilreform der Wahlkreiseinteilung von dem Gedanken aus, daß einerseits jedem Bundesstaat, in Preußen jeder Provinz der Besitzstand gewahrt bleibt, andererseits die Gebiete, die seit 1869 eine unverhältnismäßig große Vermehrung der Bevölkerung eingetreten ist, mehr Abgeordnete als bisher erhält. Der Entwurf läßt unter billiger Abwägung der tatsächlichen Verhältnisse eine solche Vermehrung der Abgeordneten eintreten, die die Gefahr eines zu starken Schwellens der Abgeordnetenzahl und dabei eine Erschwerung der parlamentarischen Arbeit von vornherein vermeidet.

Aus dem Reich.

Staatsminister Dr. Friedberg als Landtagsabgeordneter.

() Köln, 16. Febr. Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Lennep-Remscheidt-Solingen wurde der Kandidat der vereinigten Liberalen, Staatsminister Dr. Friedberg-Berlin, mit 91 Stimmen einstimmig gewählt. Die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl.

Ein 50-jähriges Militärjubiläum

konnte am am Samstag der in Ueberlingen a. B. lebende frühere Gouverneur und Generalmajor z. D. Theodor Leutwein feiern. Der Jubilar ist am 9. Mai 1849 zu Stümpfelbrunn (A. Eberbach) als Sohn eines Pfarrers geboren. Er trat am 16. Februar 1868 in das 5. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113 in Freiburg ein und wurde am 15. Febr. 1869 Offizier. Lange Jahre seines Lebens hat Generalmajor Leutwein der Arbeit in Afrika gewidmet. Im Jahre 1895 wurde er Kommandeur der Schutztruppen und 1898 Gouverneur der Kolonie. Leutwein hat verschiedene Aufstände der Eingeborenen niedergeworfen. Seit 1905 lebt er in Ueberlingen im Ruhestande.

Der neue Reichshaushalt.

() Berlin, 16. Febr. Aus dem Inhalt des Reichshaushaltsplanes für 1918 sind folgende Angaben bekannt geworden:

Zur Herstellung des Gleichgewichtes im ordentlichen Reichshaushalt reichen die Einnahmen aus den bisherigen Steuern nicht aus. Der fehlende Betrag wird aus Kriegssteuern gedeckt werden. Die entsprechenden Vorlagen werden dem Reichstag demnächst zugehen. Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 7,332,699,306 ℳ gegen 4,941,876,060 ℳ im Vorjahre ab. Die Steigerung ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Beträge von 3,561,612,248 ℳ auf 5,907,578,249 ℳ zurückzuführen. Die Einnahmen aus den Kriegssteuern sind statt bisher mit 1250 Mill. ℳ mit 2875 Mill. ℳ eingesetzt.

Der außerordentliche Haushalt zeigt mit 108,068,232 ℳ Einnahmen und 426,068,823 ℳ Ausgaben einen Fehlbetrag von 318 Mill. ℳ, der durch Anleihe aufzubringen ist. Die direkten Ausgaben für den Krieg werden bekanntlich durch besondere Kriegskredite gedeckt.

Gründung des deutschen Industrierates.

); Berlin, 16. Febr. Heute vormittag ist in Berlin der deutsche Industrierat, die oberste Interessenvertretung der deutschen Industrie, in Gegenwart von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden begründet worden. Er wird gebildet von den Vertretern des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, des Bundes der Industriellen und des Zentralvereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie. Er besteht aus 54 Mitgliedern. Je 25 Mitglieder werden vom Zentralverband und vom Bund und 4 Mitglieder von dem Chemischen Zentralverein entsandt. Den Vorsitz im Industrierat werden die Vorsitzenden des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes der Industriellen führen, gegenwärtig also Kommerzienrat Dr. Friedrichs und Landrat a. D. v. Rötger. Der deutsche Industrierat dürfte, da er etwa neun Zehntel der gesamten deutschen Industrie umfaßt, eine Körperschaft von großer Bedeutung werden. Aus ihm wird sich der preußische Industrierat abzweigen, dem das Präsentationsrecht von Vertretern der preußischen Industrie für das Herrenhaus zustehen wird.

Arbeitervertreter im Großen Hauptquartier.

* Berlin, 16. Febr. Am Donnerstag wurde dem Verbandssekretär Dr. Fleischer und dem Reichstagsabgeordneten Koßmann als Vertreter des Verbandes katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin, Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache mit der Obersten Heeresleitung im Großen Hauptquartier geboten. Sie versicherten Exzellenz Ludendorff der unverbrüchlichen Treue und gewissenhaften Pflichterfüllung der katholischen organisierten Arbeiter und brachten deren Wünsche zum Ausdruck. Dabei fanden sie weitgehendes Verständnis und Entgegenkommen für die begründeten Forderungen des arbeitenden Volkes. Generalfeldmarschall von Hindenburg ermunterte sie, ihre nützliche Arbeit im Geiste des Friedens und zum Heile des bedrohten Vaterlandes fortzusetzen.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts über die deutschen Missionen.

Der Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes, Dr. Solf, hat am 16. d. M. in Karlsruhe vor der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über die deutschen Missionen gehalten und diese Gelegenheit zu einer erneuten Darlegung der kolonialen Kriegsziele Deutschlands benützt.

Der Staatssekretär unterzog die verdienstvolle Tätigkeit der deutschen Missionen beider Konfessionen in unseren Schutzgebieten einer eingehenden Würdigung und zollte ihren hervorragenden Leistungen in allen Zweigen des Missionswesens rückhaltlose Anerkennung. Die Missionen und die Kolonialverwaltung seien auf gegenseitige Förderung und Unterstützung angewiesen und hätten vor dem Kriege Hand in Hand gearbeitet. Er rechne mit aller Bestimmtheit darauf, daß die deutschen Missionen ihr durch die englischen völkerrechtswidrigen Gewaltmaßnahmen unterbrochene Werk nach dem Kriege mit gleicher Tatkraft und Hingebung wieder aufnehmen und daß sie im deutschen Volke die gleiche Hilfe finden würden, wie vorher. England, das sich vor dem Kriege in der Rolle der obersten Hüterin des christlichen Missionsgedankens gefallen habe, habe durch seine brutale Austreibung der deutschen Missionare nicht nur aus unseren Schutzgebieten, sondern auch aus allen englischen Kolonien bewiesen, daß es den egoistischen Zwecken seiner Machtpolitik die höchsten Menschenziele zu opfern bereit sei. Der Staatssekretär gab demgegenüber seiner freudigen Zustimmung Ausdruck, daß die deutschen Missionen in Befolgung des biblischen Auftrages „Geht hin in alle Welt und lehret alle Völker" nach dem Kriege daran festhalten wollen, das Christentum nicht nur in den deutschen Kolonien, sondern an allen Stätten ihrer früheren Wirksamkeit wieder zu lehren.

Trotz dieser supranationalen Aufgabe sei die Zukunft der deutschen Missionen mit dem Schicksal des deutschen Kolonialreiches eng verknüpft. Das Ziel der Reichsleitung sei, die Wiedererlangung des deutschen Kolonialbesitzes und seine Ausgestaltung zu einem widerstandsfähigen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gebilde. Sie sehe es als ihre besondere Aufgabe an, der den Frieden Europas gefährdeten Militarisierung Afrikas mit allen Kräften entgegen zu arbeiten.

Der Staatssekretär plaidierte für eine gerechte Neuverteilung des kolonialen Besitzstandes aller Nationen in Afrika und bezeichnete als Maßstäbe für diese Neuverteilung vom machtpolitischen Standpunkt aus das Verhältnis der physischen Kräfte der beteiligten Staaten und vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus das Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit. Er betonte ferner, daß bei der notwendigen Abschätzung der Ansprüche auf Mitarbeit an der Erziehung und Förderung der eingeborenen Rassen die kulturelle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Kolonialmächte maßgeblich berücksichtigt werden müsse. Ein Hinweis auf die übergroßen Besitzungen Frankreichs, Portugals und Belgiens genüge, um klar erkennen zu lassen, daß die gegenwärtige Besitzverteilung diesen gerechten Maßstäben nicht entspreche. Beim Friedensschluß müsse eine diesen Maßstäben besser gerecht werdende Umlegung der Kolonien vorgenommen werden. Nur dadurch könne der internationale Ausgleich erzielt werden, der die Möglichkeit zu künftigen Konflikten beseitige.

Mit der Hoffnung daß in einem solchen größeren, deutschen Kolonialreiche auch die deutschen Missionen zu erweitertem Wirken neu aufblühen werden, schloß Dr. Solf seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Aus dem Großherzogtum.

⌂ **Mannheim**, 17. Febr. Die Aenderung des Straßenbahntarifs ist nunmehr in der Gemeinschaftskommission Mannheim-Ludwigshafen festgelegt worden. Als grundlegende Aenderung ist der Wegfall des 10 Pfennig-Fahrpreises vorgesehen; der Grundpreis soll in Zukunft 15 Pfennig betragen. Auch die Preise für Wochen- und sonstige Zeitkarten werden erhöht.

\+ **Mannheim**, 17. Febr. In einer Ludwigshafener Fabrik fand man ein Lager von 14 Zentner Rohzucker, die dort ein Kaufmann aufgestapelt hatte. Er hatte den Zucker von einem Bahnbediensteten namens Hahn erworben, der, da er sich über die Herkunft des Zuckers nicht ausweisen konnte, verhaftet wurde.

⊹ **Dossenheim bei Heidelberg**, 17. Febr. In einem Porphyrsteinbruch löste sich ein Stein von der hohen Steinwand los und fiel dem Steinbrecher K. Riedling auf den Kopf und führte den sofortigen Tod herbei.

* **Bühl**, 17. Febr. Hier ist man einem verbotenen Handel mit Branntwein auf die Spur gekommen. Der Branntwein wurde mit der Bahn als Obstwein deklariert versendet. Aus einem der Behörde in die Hände gefallenen Notizbuch eines Fuhrmanns sind die verschiedenen Verbindungen der Händler ans Tageslicht gekommen. In die Angelegenheit sind 2 Wirtinnen und eine ganze Anzahl Wirte von Bühl und Kappel verwickelt. (Bad. Nachr.)

⊹ **Freiburg**, 17. Febr. Unter dem Verdachte, den Taglöhner Andreas Meier in Michelbach-Wildtal ermordet zu haben, wurden zwei kriegsgefangene Russen verhaftet. Ihren Zweck, den Barbetrag des Meier zu rauben, haben die Mörder nicht erreicht. Dagegen erbeuteten sie Schnaps und betranken sich daran. (g. K.)

× **Freiburg**, 17. Febr. Bei Vornahme von Dacharbeiten stürzte ein verh. 60jähriger Maurer von einem 8stöckigen Hause ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

△ **Ripoldsau** bei Wolfach, 17. Febr. Beim Holzriesen im Domänenwald Ripoldsau sind die beiden Holzhauer, der 43jährige G. Schrempp und der 61jährige Felix Schmid, tödlich verunglückt.

‡ **Grafenhausen** bei Bonndorf, 17. Febr. Die im Schlüchttale gelegene Tannenmühle ist niedergebrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Alle Fahnisse wurden durch Feuer zerstört, auch vier Schweine verbrannten. Das übrige Vieh wurde gerettet. Man vermutet Brandstiftung. (g. K.)

⊡ **Heudorf** bei Stockach, 17. Febr. Beim Holzfällen wurde der verh. Waldarbeiter Konrad Auer von einer stürzenden Buche so schwer getroffen, daß der Tod des Mannes sofort eintrat.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 18. Februar 1918.

= **Der Statssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf** wurde gestern vom Großherzog, der Großherzogin und der Großherzogin Luise empfangen und war nachmittags bei dem Minister des Großh. Hauses und des Aeußern, Dr. Düringer, zum Tee geladen. S. K. H. der Großherzog hat dem Staatssekretär Dr. Solf das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

= **Der Südwestdeutsche Verband für Leichtathletik**, umfassend Baden, Pfalz, Elsaß-Lothringen und die Saargegend, hält am 3. März d. J. in Karlsruhe, Restaurant Löwenrachen (Kaiser Wilhelmsdurchgang) seinen 1. Verbandstag seit Kriegsbeginn ab. Die Tagung wird vormittags 10 Uhr mit einem Vortrag über ein sportliches Thema eröffnet und nachmittags fortgesetzt werden. In Anbetracht der wichtigen Frage der körperlichen Erziehung unserer Jugend ist ein Erscheinen der Vertreter der Verbandsvereine dringend geboten.

= **Trioabend.** Wir wollen nicht verfehlen, zu dem heute abend ½8 Uhr im großen Museumssaale stattfindenden Trioabend aufmerksam zu machen. In Anbetracht des wohltätigen Zweckes ist ein guter Besuch wünschenswert. Karten sind noch in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, sowie an der Abendkasse zu haben.

Letzte Drahtberichte.

Abgestürzte Flieger.

() **Berlin**, 17. Febr. Aus Budapest meldet der „Berl. Lokalanz.": Am Freitag Nachmittag stiegen die beiden Offiziere Hauptmann Schindler und Leutnant Baron Iwan Urban mit einem Flugapparat zu einem Fluge auf. Kaum hatte sich das Flugzeug erhoben, als sich die Maschine in den Drähten einer elektrischen Leitung verwickelte und niederstürzte. Hauptmann Schindler erlitt einen Schädelbruch, und starb nach einigen Stunden. Leutnant Baron Iwan Urban wurde schwer verletzt.

Die politische Lage in Ungarn.

WTB. Budapest, 17. Febr. Der ehemalige Unterrichtsminister Graf Johann Zichy erklärt in einem offenen Schreiben an seine Wähler, daß er in die neue Regierungspartei eintrete. Gleichzeitig mit ihm tritt seine Gruppe, die aus 7 Mitgliedern besteht, ein.

Rückreise der österreichischen Kommission aus Petersburg.

WTB. Wien, 18. Febr. Infolge der zur Zeit in Rußland und besonders in Petersburg herrschenden Anarchie und der dadurch bedingten Unsicherheit hat der Minister des Aeußern, Graf Czernin, sich veranlaßt gesehen, die unter Führung des Generalkonsuls von Hempel in Petersburg weilende Kommission zeitweilig abzuberufen. Die Kommission hat heute die deutschen Linien südlich von Dünaburg überschritten und befindet sich jetzt auf der Reise nach Wien. Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission dahin zurückbegeben.

Radoslawow auf der Heimreise.

() **Berlin**, 17. Febr. Gestern hat sich der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow über Wien nach seiner Heimat zurückbegeben.

Die neutrale Schiffahrt.

(!) **Berlin**, 17. Febr. Wie dem „Berl. Tageblatt" aus Kopenhagen berichtet wird, meldet „Berlingske Tidende" aus Christiania, das Generalkonsulat habe die Mitteilung erhalten, daß von jetzt ab von deutscher Seite Geleitscheine den Schiffen verabfolgt werden, die mit Ladungen von neutralen Häfen unterwegs sind. Diese Geleitscheine werden von den deutschen Kriegsschiffen respektiert werden.

Die schwedischen Hilfsexpeditionen nach Finnland.

* **Stockholm**, 16. Febr. Die zweite finnische Expedition, die um ½3 Uhr zurückkehrte, brachte 600 Fahrgäste mit. Die Roten Garden hatten diesmal keine Feindseligkeit gezeigt. Eine dritte Expedition ist wahrscheinlich.

Joffre zum Mitglied der Akademie gewählt.

WTB. Paris, 16. Febr. Marschall Joffre ist einstimmig zum Mitglied der französischen Akademie gewählt worden.

Kein englischer Proteststreik.

() **Amsterdam**, 16. Febr. Ein hiesiges Blatt erfährt aus London vom 15.: Die überwiegende Mehrheit des Metallarbeiterverbandes hat den Vorschlag, einen Proteststreik gegen die Regierungsvorschläge zum Mannschaftsersatzgesetz zu veranstalten, abgelehnt.

Der Prozeß gegen Oberst Repington.

() **London**, 17. Febr. (Reuter.) Heute hat der Prozeß gegen Oberst Repington, den militärischen Berichterstatter der „Morning Post", begonnen.

Die Rationierung in England.

WTB. London, 17. Febr. (Reuter). Der Nahrungsmittelkontrolleur hat die zwangsweise Durchführung nach einem Entwurf beschlossen, der für London und die umgebenden Grafschaften am 25. Februar, für ganz Großbritannien allgemein am 25. März in Kraft tritt.

Amerikanisches Geld für Italien.

WB. Washington, 16. Febr. Der Staatssekretär Mac Adoo hat eine weitere Summe in Höhe von einer Million Dollars zum Kredit an Italien eingestellt, sodaß die Gesamtanleihe an dieses Land 550 Millionen Dollars beträgt. Die Gesamthöhe der amerikanischen Anleihen an die Alliierten beträgt jetzt 4 734 400 000 Dollars.

Eisenbahnunglück.

WTB. Madrid, 16. Febr. (Amtlich.) Ein Schnellzug ist bei Barcelona mit einem Güterzug zusammengestoßen. Bisher wurden zwölf Tote und zahlreiche Verletzte aus den Trümmern geborgen.

Die Heimkehr der Ukrainer.

* **Rastatt**, 17. Febr. In den Straßen unserer Stadt sieht man jetzt Ukrainer in ihrer schmucken blauen Volkstracht frei einherschreiten. Die aus der Ukraine stammenden bisherigen Kriegsgefangenen aus Oetigheim, Bietigheim und Durmersheim sind bereits am Donnerstag von den Landwirten geschieden, bei denen sie bisher beschäftigt waren.

Selbstmord Bolo Paschas?

() **Berlin**, 17. Febr. Aus Paris wird der „B. Z. am Mittag" gemeldet, Bolo Pascha habe heute durch Gift Selbstmord verübt. (Der Gedanke, daß der Tod Bolo Paschas kein freiwilliger war liegt nach den Erfahrungen, die man im Falle Almereyda gemacht hat, sehr nahe. D. Schriftltg.)

Spielplan des Großh. Hof- und National-Theaters Mannheim.

Im Hoftheater: Montag, 18. Febr., 7 Uhr: Der Sohn. Dienstag, 19. Febr., 7½ Uhr: 7. Einheits-Vorstellung: Die kleine Königin. Mittwoch, 20. Febr., 7 Uhr: Verpflichtungs-Vorstellung zum Besten der Hoftheater-Pensionsanstalt: Die Schneider von Schönau. Donnerstag, 21. Febr., 7 Uhr: Der Troubadour. Freitag, 22. Febr., 7 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor. Samstag, 23. Febr., 7 Uhr: Zum erstenmale: Altdeutscher Lustspielabend. Sonntag, 24. Febr., 5 Uhr: Siegfried. — Im Neuen Theater:: Dienstag, 19. Febr.: VI. Akademie. Sonntag, 24. Febr., 7 Uhr: Alt-Heidelberg.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

11. Febr.: Sara Ida, V. Levi Semmelmann, Kaufmann. — 12. Febr.: Helmut Siegfried, V. Ernst Fliegauf, Wachtmeister. — 13. Febr.: Edith Berta Mina Karola, V. Wolfram Hauger, Regierungsassessor; Brunhild Waltraud Hedwig, V. Johann Krämer, Hauptlehrer; Helmut Ernst Erich, V. Ludwig Bohn, Schutzmann; Reintraut, V. Wilh. Meyerhuber, Kunstmaler. — 14. Febr.: Anna Elisabeth Friederike, V. Karl Rastetter, Masch.-Techniker. — 15. Febr.: Emilie Luise, V. Friedrich Schäufele, Mechaniker; Gertrud Frida, V. Johann Kreitler, Hilfsarbeiter; Werner, V. Friedrich Helmle, Fabrikant; Gustav Erich, V. Karl Dissert, Bausekretär; Irmgard, V. Gustav Schaller, Schmied.

Todesfälle.

14. Febr.: Maria Burger, 71 J., Witwe von Gustav Burger, Schreinermeister. — 15. Febr.: Adelheid Dörr, 73 J., Ehefrau von Franz Dörr, Schuhmachermstr.; Karoline Bueß, 75 J., Witwe von Friedrich Bueß, Zimmermann. — Kilian Rath, Ehemann, Beruf Ingenieur, 48 J.; Elisabetha Schöllkopf, 59 J., Ehefrau von Theodor Schöllkopf, Schreinermeister.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Gründungsversammlung des Badischen Baubundes.

* Karlsruhe, 16. Febr.

Zu der Gründungsversammlung des „Badischen Baubundes" hatten sich gestern zahlreiche Vertreter der Staatsbehörden, Kreise, Gemeinden, Handelskammern, Handwerkskammern, Krankenkassen, gemeinnützigen Bauvereinigungen, sowie der Banken und Industriellen und sonstige Personen aus allen Teilen dse badischen Landes im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern eingefunden.

Geheimer Rat Wiener begrüßte die Erschienenen mit dem Ausdruck wärmsten Dankes für die so überaus rege Beteiligung aller Kreise an dem gemeinnützigen Unternehmen. Wie er mitteilte, belaufen sich die bisherigen Zeichnungen von Stammanteilen auf insgesamt 1 278 500 ℳ, wovon je 100 000 ℳ auf den Staat und den Badischen Heimatdank entfallen, 36 000 ℳ auf die Kreise, 75 000 ℳ auf die Gemeinden, 115 000 ℳ auf Banken, 633 000 ℳ auf Industrielle, worunter sich Einzelzeichnungen der Holzlieferervereinigung und der Portland-Zementwerke Mannheim-Heidelberg von je 100 000 ℳ befinden. Der Rest verteilt sich auf die sonstigen Körperschaften, gemeinnützigen Bauvereinigungen und Privatpersonen.

Von der Versammlung wurden sodann die vorgeschlagenen Satzungen mit wenigen unwesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen und der Aufsichtsrat gewählt. Er setzt sich zusammen aus den 2 Vertretern der Regierung, dem Geheimen Rat Wiener und Ministerialrat Sammet, dem Vertreter des Badischen Heimatdankes, Oberbaurat und Professor Stürzenacker, dem Vertreter der Städte, Oberbürgermeister Siegrist in Karlsruhe, einem Vertreter der Banken, Bankdirektor Nikolai in Karlsruhe, 6 Vertretern der Industrie, nämlich Geh. Kommerzienrat Schott in Heidelberg, Kommerzienrat Stoß, Heidelberg, Fabrikdirektor Dr. Döderlein, Karlsruhe, Fabrikant August Batschari, Baden-Baden, Fabrikant Hermann Himmelsbach, Freiburg, Fabrikdirektor Dr. Brüggemann, Singen, aus 6 Vertretern der gemeinnützigen Bauvereinigungen, nämlich Landeswohnungsinspektor Dr. Kampffmeyer, Karl Häßler, Villingen, Joseph Eschbach, Haltingen, (Stadtrat Engler, Freiburg, Stadtrevisor Gehring, Mannheim, Bürgermeister Thorbecke, Singen, und zwei Vertretern der übrigen Gesellschaften: Geheimer Rat Beck und Professor Linde, Karlsruhe.

An die Versammlung der Gesellschafter schloß sich eine erste Sitzung des Aufsichtsrates an. In dieser wurde Geheimer Rat Wiener zum Vorsitzenden und Landeswohnungsinspektor, Dr. Kampffmeyer zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Da die als Geschäftsführer in Aussicht genommenen Persönlichkeiten noch im Felde stehen, wurden Dr. Kampffmeyer und Oberbaurat Professor Stürzenacker bis auf weiteres mit der Geschäftsführung betraut und einem Fachmann aus der Abteilung für Wohnungseinrichtungen die Prokura erteilt. Für Dr. Kampffmeyer wird, solange er der Geschäftsleitung angehört, Bankdirektor Nikolai die Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden bekleiden. Ferner wurde beschlossen, sofort die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung, insbesondere die Kriegsteilnehmer in die Wege leiten. Dafür wurde ein größerer Betrag bewilligt. Hierfür soll unter anderem ein größerer Auftrag zur Anfertigung von Möbeln an die deutschen Internierten in der Schweiz erteilt werden. Da die Verhandlungen mit den Waldbesitzern und dem Holzliefererverband wegen Bereitstellung von Holz für diese Zwecke zu einem günstigen Ergebnis geführt haben, darf erwartet werden, daß der Baubund schon bald mit einem größerem Angebot von Wohnungseinrichtungen auf dem Markte erscheint. Die Nachfrage ist außerordentlich groß, allein beim Landeswohnungsverein sind schon etwa 1000 Anträge auf Ueberlassung von Wohnungseinrichtungen eingekommen.

Neuregelung der Säuglingsfürsorge.

Bisher war die Versorgung für alle Lebensalter grundsätzlich die gleiche; deshalb erhielten auch die Säuglinge dieselben Lebensmittel zugeteilt wie erwachsene Personen. Allmählich ist das Bedürfnis hervorgetreten, den Säuglingen besondere Nahrungsmittel zukommen zu lassen, namentlich nachdem die Zuteilung von Hafererzeugnissen aller Art erheblich eingeschränkt, und auch die Kopfmenge an Zucker herabgesetzt werden mußte.

Vom 11. März 1918 ab scheiden die Säuglinge nunmehr aus der allgemeinen Versorgung aus; sie erhalten also nicht mehr die allgemeinen Lebensmittel, sondern nur noch diejenigen, die nach der Ansicht erfahrener Personen für sie notwendig sind. Deshalb sind die Säuglinge selbst, wieder in zwei Altersklassen eingeteilt. Säuglinge bis zum Alter von 6 Monaten einschließlich erhalten täglich 1 Liter Vollmilch und für alle 14 Tage 500 Gramm Haferflocken oder Hafergrütze und 100 Gramm Graupen- oder Graupenmehl, sowie 500 Gramm Zucker. Säuglinge vom 7. bis zum vollendeten 12. Monate bekommen täglich 1 Liter Vollmilch und für alle 14 Tage 500 Gramm Kindermehl, 500 Gramm Weizengrieß oder ein ähnliches Nährmittel und 300 Gramm Zucker.

Mit Vollendung des ersten Lebensjahres scheiden die Säuglinge aus ihrer besonderen Versorgung aus und treten in die allgemeine Versorgung über.

Gleichzeitig mit der Regelung der Versorgung für Säuglinge, werden auch die Zulagen für Schwangere, ferner für Wöchnerinnen und stillende Mütter neu geregelt.

Schwangere erhalten in den letzten 3 Monaten der Schwangerschaft täglich ¾ Liter Vollmilch und für je 14 Tage 1500 Gramm Brotzusatz und zwei Eier.

Wöchnerinnen erhalten auf die Dauer von 4 Wochen von der Geburt an für je 14 Tage 200 Gramm Zucker, 1500 Gramm Brotzusatz und 4 Eier. Auf Antrag wird das den Wöchnerinnen zustehende Brot (sowohl die regelmäßige Menge, wie der Zusatz) als Krankenbrot angewiesen.

Stillenden Müttern werden bis höchstens zum vollendeten neunten Monat nach der Geburt des Kindes die gleichen Zusätze bewilligt, wie den Wöchnerinnen, jedoch kein Krankenbrot.

Das Nahrungsmittelamt hat eine besondere Abteilung eingerichtet, welche die Bezeichnung „Versorgung von Mutter und Kind" führt, und der die Erledigung aller Arbeiten obliegt, die mit der Versorgung der Säuglinge und mit der Bewilligung der Zusätze an Mütter zusammenhängen. Für diese Abteilung sind in der Festhalle geeignete Räume mit besonderem Eingang eingerichtet. Bei der Abteilung sind alle Anfragen und Anträge anzubringen; hier erfolgt auch die Feststellung der Schwangerschaft durch eine approbierte Hebammen-Schwester.

Auf Grund der Untersuchung wird eine Ausweiskarte ausgestellt, auf der auch späterhin die Geburt des Kindes vermerkt wird. Die Ausweiskarte ist deshalb gut aufzubewahren; sie ist bei allen Anfragen oder Anträgen vorzuzeigen.

Um die Grundlage für die Versorgung der Säuglinge zu gewinnen, müssen alle Säuglinge, welche nach dem 30. April 1917 geboren sind, sofort bei der Kartenstelle (Festhalle Schalter 2) bis spätestens 23. Februar 1918 angemeldet werden. Die in der Zeit vom 11. März 1917 bis 30. April 1917 geborenen Säuglinge, mußten ausgeschieden werden, weil dieselben doch nach ganz kurzer Zeit wieder in die allgemeine Versorgung übergeführt werden müßten.

Die Untersuchung der Schwangeren wird voraussichtlich erst ab 1. März 1918 erfolgen können. Hierüber und wegen der Einreichung der Stillbescheinigungen wird noch eine besondere Bekanntmachung erfolgen.

Anordnung.

Auf Grund der Erlasse des Großh. Ministeriums des Innern vom 15. September und 8. Dezember 1917 wird die Versorgung der Kinder, der Schwangeren, der Wöchnerinnen und stillenden Frauen wie folgt neu geregelt:

1. **Kinder im Alter bis zu 12 Monaten einschl. (Säuglinge) scheiden aus der allgemeinen Versorgung aus und erhalten:**
   a) **in den ersten 6 Monaten**
   täglich
   1 Liter Vollmilch,
   für je 14 Tage
   600 gr Haferflocken oder Gerste und
   500 gr Zucker;
   b) **vom 7. bis zum 12. Monat einschl.**
   täglich
   1 Liter Vollmilch und
   für je 14 Tage
   500 gr Kindermehl,
   500 gr Weizengrieß oder ein ähnliches Nährmittel und
   300 gr Zucker;
2. **Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter erhalten neben der allgemeinen Versorgung folgende Zusätze:**
   a) **Schwangere:**
   täglich
   ¾ Liter Vollmilch und
   für je 14 Tage
   1500 gr Brot und
   2 Eier;
   b) **Wöchnerinnen,** für die Dauer von 4 Wochen von der Geburt an
   für je 14 Tage
   1500 gr Brot,
   200 gr Zucker und
   4 Eier.
   Ferner haben sie für die Dauer von 4 Wochen Anspruch auf Krankenbrot, statt Roggenbrot.
   c) **Stillende Mütter** erhalten im Anschluß an die Wöchnerinnenversorgung für die Dauer des Stillens, jedoch für längstens 9 Monate nach der Geburt:
   für je 14 Tage
   1500 gr Brot,
   200 gr Zucker,
   4 Eier.
3. Das Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe wird mit der Ausführung dieser Anordnung beauftragt; es hat die näheren Vorschriften zu erlassen und zu bestimmen, wann diese Anordnung in Kraft tritt.

Karlsruhe, den 16. Februar 1918. D35

Der Stadtrat.

Ausführungsvorschriften.

Zur Ausführung der Anordnung des Stadtrats vom 8. Februar 1918 wird folgendes bestimmt:

1. Für die Versorgung der Säuglinge, sowie für die Bewilligung der Zusätze an Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Frauen wird im Anschluß an die Kartenstelle (Festhalle) eine besondere Abteilung eingerichtet, welche die Bezeichnung „Versorgung von Mutter und Kind" führt. Alle auf diese Versorgung bezüglichen Anfragen und Anträge sind bei dieser Stelle anzubringen und bei ihr sind auch alle Bescheinigungen einzureichen.

2. Die Feststellung der Schwangerschaft erfolgt in der Abteilung „Versorgung von Mutter und Kind" auf Grund einer Untersuchung durch eine als Hebamme ausgebildete Krankenschwester. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wird eine Bescheinigung ausgestellt.

Auf Grund dieser Bescheinigung werden die Zusätze bis zum Eintritt der Geburt oder bis zur früheren Beendigung der Schwangerschaft gewährt. Eine wiederholte Untersuchung hat nur auf besondere Anordnung der Schwester stattzufinden.

3. Der Nachweis der Geburt wird geführt durch eine Bescheinigung eines Arztes oder der Hebamme, welche der Geburt angewohnt hat. Die Bescheinigung hat auf vorgeschriebenes Formular zu erfolgen.

Jede Wöchnerin erhält auf die Dauer von 4 Wochen neben der allgemeinen Versorgung die in der Anordnung des Stadtrates vorgesehenen Zusätze. Auf Antrag der Wöchnerin werden sowohl die regelmäßigen Brotmarken, wie die Brotzusatzmarken in Krankenbrotmarken umgetauscht.

4. **Stillende Frauen** erhalten die gleichen Zusätze wie die Wöchnerinnen, jedoch ohne das Krankenbrot. Diese Zusätze werden längstens bis zum vollendeten 9. Monat nach der Geburt gewährt.

Der Nachweis des Stillens ist durch eine Stillbescheinigung zu führen. Die Ausstellung derselben erfolgt auf Grund einer Untersuchung in einer Mütterberatungsstunde des Badischen Frauenvereins durch einen Stationsarzt oder durch eine Schwester.

Die Bescheinigung ist auf vorgeschriebenes Formlar zu erteilen.

5. Die Marken werden in der Kartenstelle, Festhalle, Abteilung „Versorgung von Mutter und Kind" auf Grund der oben angegebenen Nachweise ausgegeben.

Die Ausgabe der Brotzusätze erfolgt bei den Bäckereien, die der Milch durch die Milchverkäufer des Städtischn Milchamtes. Die Verkaufsstellen für alle übrigen Lebensmittel der „Versorgung von Mutter und Kind" werden noch bekannt gegeben.

6. Das Nahrungsmittelamt behält sich vor, an Stelle einzelner Lebensmittel andere geeignete zur Ausgabe zu bringen, falls die Umstände dies notwendig machen.

7. Die neue Versorgung tritt am 11. März 1918 in Kraft.

8. Um die Grundlage für diese zu gewinnen, **müssen alle Säuglinge,** welche nach dem 30. April 1917 geboren sind, bei unserer Kartenstelle, Festhalle, Schalter 2 (An- und Abmeldungen) **bis spätestens 23. Februar 1918** angemeldet werden.

Wir fordern auf, diese Anmeldung zu vollziehen; wer die Anmeldung unterläßt, gefährdet die rechtzeitige Versorgung seines Kindes.

9. Die Aufforderung zur Feststellung der Schwangerschaft und zur Einreichung der Stillbescheinigung wird später ergehen.

Karlsruhe, den 16. Februar 1918. D36

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gold- und Silberankaufsstelle Karlsruhe.

Die Annahme von **Gold, Silber, Platin u. Juwelen** während der 1008

Goldankaufswoche

von Sonntag, den 17. Februar bis einschl. **Sonntag, den 24. Februar,** erfolgt im

Rathaus

Zimmer Nr. 73, eine Treppe hoch, täglich geöffnet von 10—12½ und 3—5 Uhr. Während der Goldankaufswoche können Auszahlungen nicht vorgenommen werden und bleibt die Geschäftsstelle, Stephanienstraße 28, solange **geschlossen.** Die Auszahlungen für diese Einlieferungen erfolgen nach vorgenommener Taxation von Montag, den 4. März ab im bisherigen Lokal, Stefanienstraße 28, Montag und Mittwoch, von 10 bis 12½ Uhr. Auch können dort die Beträge für abgelieferte Platinstifte bis zu Nr. 5356 in Empfang genommen werden.

No. 72.

Schuldverschreibungen der isr. Gemeinde Karlsruhe.

Die **Ziehung von 4 Schuldverschreibungen des Anleihens der isr. Gemeinde Karlsruhe von 1874/75** findet am

Freitag, den 1. März 1918, vorm. ½11 Uhr

im Amtszimmer des Großh. Notariats IV, Stefanienstraße Nr. 5 hier statt. 1196

Karlsruhe, den 15. Februar 1918.

Der Synagogenrat.

Verband der Deutschtumsvereine.

Montag, den 18. d. M., abends 8 Uhr im grossen Rathaussaale

Vortrag

des Herrn Generalsekretär **Vosberg** aus **Posen** über:

Die Polenfrage im Rahmen unserer Kriegsziele

Die Mitglieder der Deutschtumsvereine und die der Deutschen Vaterlandspartei mit ihren Angehörigen werden hierzu freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen.

Eintritt frei.

Eine beschränkte Anzahl numerierter Plätze sind zum Preise von **1 Mk.** in der **Buchhandlung** von **Linck** und abends am **Saaleingang** zu haben. 1187

Der Vorsitzende:
Geh. Rat Dr. Boesser.

Gothaer Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1821 eröffnet.

Der Ueberschuß des Geschäftsjahres **1917** beträgt für die **Feuerversicherung:**

72 Vom Hundert

der eingezahlten Beiträge, **Einbruchdiebstahl-Versicherung** gemäß der niedrigeren Einzahlung ein Drittel des vorstehenden Satzes **24 vom Hundert.**

Der Ueberschuss wird auf den nächsten Beitrag angerechnet, in den im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen bar ausbezahlt.

Auskunft erteilen bereitwilligst die unterzeichneten Agenturen:

Karlsruhe, R. Graebener, Kaufmann, Kaiserstraße 215, Fernsprecher Nr. 442,

Friedrichstal, M. W. Gorenflo, Kaufmann. 8026

Wem seine Gesundheit am Herzen liegt, nehme wöchentlich 2 bis 3 Schwimmbäder im **Friedrichsbad**

1 Karte Mk. —.60 | 10 Karten Mk. 5.—
Kinder Mk. —.30

Im Lebensbedürfnis-Verein einzeln zu 50 Pf. **Mittwoch** und **Samstag** abend für **20 Pfg.** 1174

GALERIE MOOS

Sonderausstellung Walter Conz

Februar 1918,

sowie

Werke von Prof. Curt Liebich-Gutsch, Haueisen, Fehr, Grimm, Ad. Martin u. a.

Gemälde 1007
Graphik :-: Plastik.

Gebisse

kauft jeden **Dienstag,** per Stück von **10.— Mk.** an 1032
Frau Weineck, Karlstraße 37.
Bin amtl. berechtigte Aufkäuferin.

Angebote von National-

Registrierkassen

neue und alte Modelle) erbeten unter l. 15006/III an die Geschäftsstelle d. Br.

Greif Institut Detektiv

Schlossplatz 8, part.
E. Gengelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall **Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen** etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 10[illegible]

Großherzogl. Hoftheater. 2058

Montag, den 18. Februar, C 36 (graue Karten).

Baumeister Solneß.

Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Montag, den 18. Februar.
Gastspiel Konrad Dreher.

Die blonden Mädeln vom Lindenhof.

Anfang 7 Uhr. Ende ½10 Uhr.